



Akzeptanz religiöser und weltanschaulicher Vielfalt in Deutschland

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage
im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle
des Bundes

Inhalt

Akzeptanz religiöser und weltanschaulicher Vielfalt in Deutschland	3
1. Hintergrund	3
2. Ergebnisse	5
2.1 Struktur der Teilnehmenden	5
2.2 Einstellung gegenüber Angehörigen verschiedener Religionsgemein- schaften und konfessionell ungebundenen Personen.....	6
2.3 Meinungen zum Gleichbehandlungsgrundsatz	8
2.4 Haltung zum Tragen religiöser Symbole an öffentlichen Schulen	11
2.5 Einstellung zur sogenannten „Kirchenklausel“	12
2.6 Meinung zur stärkeren religiösen Vielfalt aufgrund der Geflüchteten und Asylsuchenden.....	13
3. Fazit	15
Literatur	16

Akzeptanz religiöser und weltanschaulicher Vielfalt in Deutschland

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Die Einstellung der Menschen in Deutschland gegenüber Angehörigen verschiedener, auch nichtchristlicher Religionsgemeinschaften und gegenüber konfessionell nicht gebundenen Personen ist überwiegend positiv. Weitgehender Konsens herrscht auch darüber, dass grundsätzlich alle religiösen Gruppen die gleichen Rechte haben sollten. Wenn es um die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Stärkung der Rechte nichtchristlicher Religionsgemeinschaften geht, fällt das Meinungsbild aber durchaus ambivalent aus. Das sind die wichtigsten Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

1. Hintergrund

Seit dem Jahr 2012 setzt die Antidiskriminierungsstelle des Bundes in ihrer Öffentlichkeitsarbeit Themenschwerpunkte. Jedes Jahr wird einem der sechs vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geschützten Diskriminierungsgründe gewidmet. Damit sollen die Besonderheiten der einzelnen Merkmale vertieft analysiert und bestehende Diskriminierungsrisiken in verschiedenen Lebensbereichen identifiziert werden. Im Jahr 2016 steht unter dem Motto „Freier Glaube. Freies Denken. Gleiches Recht.“ der Schutz vor Diskriminierung aufgrund der Religion oder Weltanschauung im Mittelpunkt.

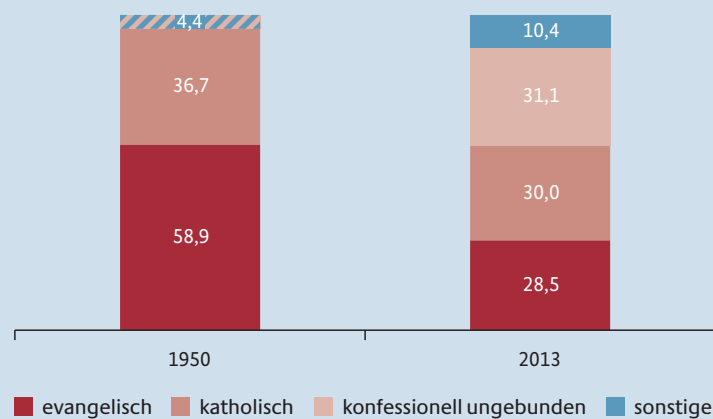
Religiöse Zugehörigkeiten haben sich in Deutschland im Laufe der letzten Jahrzehnte stark verändert (siehe Abb. 1). Zum einen ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs der Anteil nichtchristlicher Religionsgemeinschaften an der Gesamtbevölkerung größer geworden. Stark gewachsen ist aber insbesondere die Gruppe der konfessionell nicht Gebundenen. 1950 lag in der BRD und der DDR zusammengenommen der Anteil derer, die einer nichtchristlichen oder keiner Religionsgemeinschaft angehörten, noch unter 5 Prozent der Bevölkerung. Mittlerweile ist etwa ein Drittel der Menschen in Deutschland ohne Konfession und etwa ein Zehntel bekennt sich zu einer nichtchristlichen Religionsgemeinschaft.¹ Mitglied in der evangelischen oder katholischen Kirche sind heute etwa 60 Prozent der Gesamtbevölkerung. 1950 waren es noch rund 95 Prozent.

¹ Darunter stellen Muslim_innen mit einem Bevölkerungsanteil von rund 5 Prozent die größte nichtchristliche Religionsgemeinschaft in Deutschland (BAMF 2009, S. 80). Interessant ist dabei, dass viele Menschen von sehr viel höheren Zahlen ausgehen. Dies zeigt eine aktuelle Umfrage, wonach 69 Prozent der Befragten die Zahl der Muslim_innen in Deutschland zum Teil deutlich überschätzen (Foroutan et al. 2014, S. 44).

Informationen zur Umfrage

Zum Auftakt des Themenjahres „Schutz vor Diskriminierung aufgrund der Religion und Weltanschauung“ hat die Antidiskriminierungsstelle des Bundes eine bevölkerungsrepräsentative Umfrage in Auftrag gegeben. Die Erhebung wurde vom Meinungsforschungsinstitut forsa Politik- und Sozialforschung GmbH als computergestützte telefonische Befragung (CATI) im Zeitraum vom 19. bis 24. November 2015 durchgeführt. Rund 1.500 Menschen in Deutschland ab 14 Jahren wurden zu ihren Einstellungen befragt. Die Auswahl der Zielpersonen erfolgte auf Basis einer Zufallsauswahl, sodass die Ergebnisse repräsentativ für die Grundgesamtheit sind. In der Stichprobe wurden neben Festnetz- auch Mobilfunknummern berücksichtigt (Dual-Frame-Ansatz).

Abb. 1: Entwicklung religiöser Zugehörigkeiten in Deutschland



Quellen: Pollack & Müller 2013, S. 32 (Angaben für 1950 / BRD und DDR zusammen), REMID (Angaben für 2013) / Angaben in Prozent

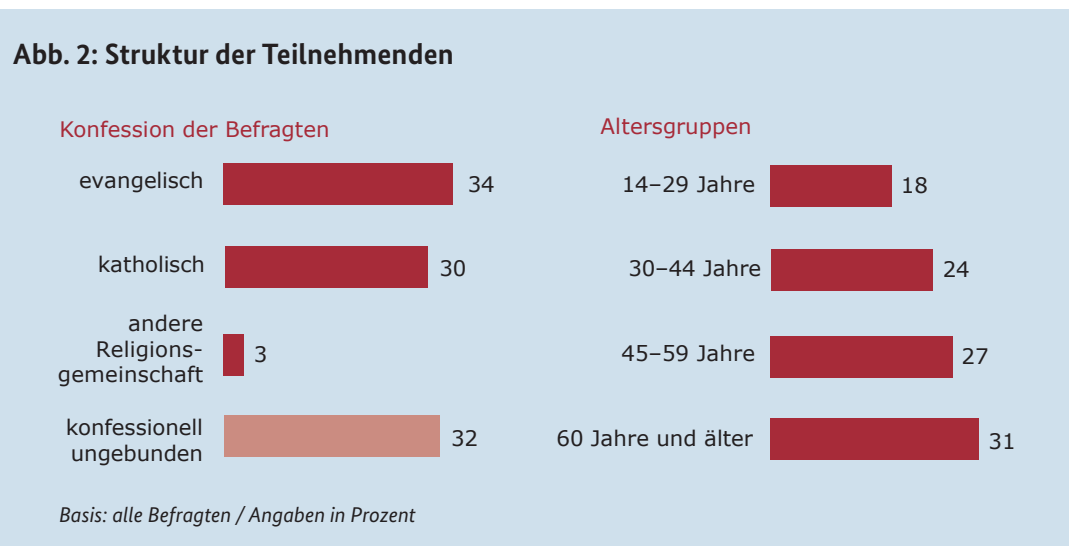
Vor dem Hintergrund dieser gewachsenen religiösen und weltanschaulichen Vielfalt sollte die Umfrage im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ermitteln, welche Einstellungen die Menschen in Deutschland gegenüber Angehörigen verschiedener Religionsgemeinschaften und gegenüber konfessionell nicht gebundenen Personen haben. Dabei ging es zum einen um die grundsätzliche Haltung der Menschen gegenüber Angehörigen der einzelnen Gruppen. Ein weiterer Fokus lag zum anderen auf der Frage, inwieweit das Recht aller religiösen Gruppen in Deutschland auf Ausübung des eigenen Glaubens von den Befragten akzeptiert wird.

2. Ergebnisse

2.1 Struktur der Teilnehmenden

Entsprechend der Verteilung in der Gesamtbevölkerung sind auch die Befragten zu jeweils rund einem Drittel entweder konfessionell nicht gebunden (32 Prozent), evangelisch (34 Prozent) oder katholisch (30 Prozent). Gut 3 Prozent der Teilnehmenden gehören einer anderen Religionsgemeinschaft als den beiden großen Kirchen in Deutschland an (siehe Abb. 2).²

Auch die Altersstruktur in der Stichprobe spiegelt die demografischen Verhältnisse in Deutschland wider. So ist nur etwa jede_r Fünfte (18 Prozent) zwischen 14 und 29 Jahre alt. Die mittleren Jahrgänge zwischen 30 und 59 Jahren machen insgesamt rund die Hälfte der Teilnehmenden aus (51 Prozent). Etwa drei von zehn Befragten (31 Prozent) sind bereits 60 Jahre oder älter.



² Dass Angehörige kleinerer Religionsgemeinschaften in der Umfrage im Vergleich zu ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung unterrepräsentiert sind, dürfte unter anderem daran liegen, dass die Befragung ausschließlich in deutscher Sprache durchgeführt wurde.

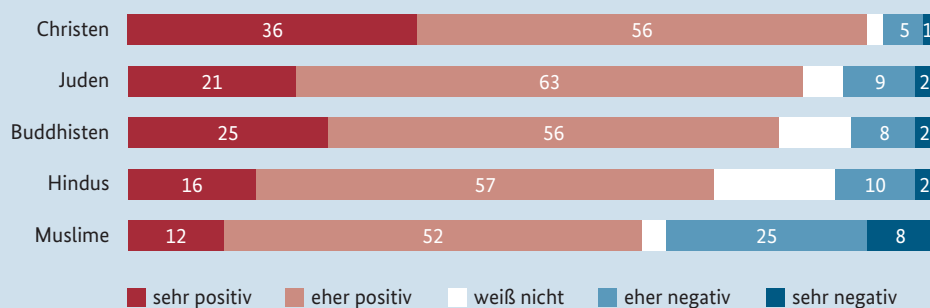
2.2 Einstellung gegenüber Angehörigen verschiedener Religionsgemeinschaften und konfessionell ungebundenen Personen

Zunächst wurden die Befragten nach ihrer Einstellung gegenüber Angehörigen derjenigen Konfessionen gefragt, die gemeinhin als „Weltreligionen“ bezeichnet werden (siehe Abb. 3).

Die Grundstimmung gegenüber Mitgliedern der größten religiösen Gruppe in Deutschland fällt fast ausnahmslos positiv aus. So geben insgesamt 92 Prozent der Befragten an, eine eher oder sogar sehr positive Haltung gegenüber Christ_innen zu haben. Nur 6 Prozent stehen dieser Gruppe ablehnend gegenüber. Dies überrascht nicht, da fast zwei Drittel der Befragten selbst Mitglied in der katholischen oder evangelischen Kirche sind. Aber auch in der Teilgruppe derer, die selbst nicht konfessionell gebunden sind, haben die meisten ein positives Bild von Menschen christlichen Glaubens (83 Prozent eher/sehr positiv).

Abb. 3: Einstellungen gegenüber Angehörigen verschiedener Religionsgemeinschaften

Frage: Ich nenne Ihnen nun einige Religionsgemeinschaften. Bitte sagen Sie mir jeweils, wie Ihre Einstellung gegenüber den Angehörigen dieser Religionsgemeinschaft ist.



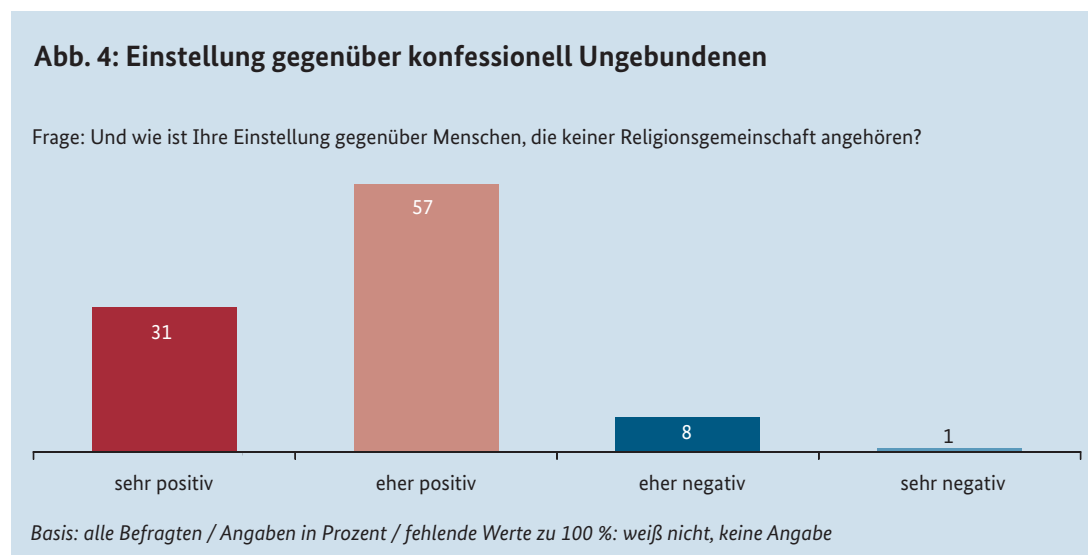
Basis: alle Befragten / Angaben in Prozent

Die Einstellung gegenüber Angehörigen nichtchristlicher Religionsgemeinschaften fällt ebenfalls mehrheitlich positiv aus. So äußern sich 84 Prozent der Befragten wohlmeinend über Personen jüdischen Glaubens und fast genauso viele (81 Prozent) über Buddhist_innen. Mit Anhänger_innen des Hinduismus verbinden knapp drei Viertel (73 Prozent) überwiegend Positives. Jeweils rund 10 Prozent der Befragten geben zu Protokoll, eine negative Sicht auf diese Gruppen zu haben. Vor allem bei der Frage nach Hindus und Buddhist_innen fällt zudem der Anteil derjenigen relativ groß aus, die sich mangels Kenntnis kein Urteil über diese Gruppen zutrauen.

Im Vergleich dazu ist die Haltung der Menschen in Deutschland gegenüber Muslim_innen von größerer Ambivalenz geprägt. Zwar gibt auch hier eine deutliche Mehrheit (64 Prozent) an, eine positive Meinung von Menschen muslimischen Glaubens zu

haben. Immerhin ein Drittel der Befragten gibt jedoch offen zu, ein eher (25 Prozent) oder sogar sehr negatives Bild (8 Prozent) von Muslim_innen zu haben. Wie bereits frühere Untersuchungen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015, S. 7; Zick et al. 2011, S. 69 ff.) belegt damit auch die aktuelle Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, dass ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung in Deutschland über ein Negativbild des Islams und der hier lebenden Muslim_innen verfügt.

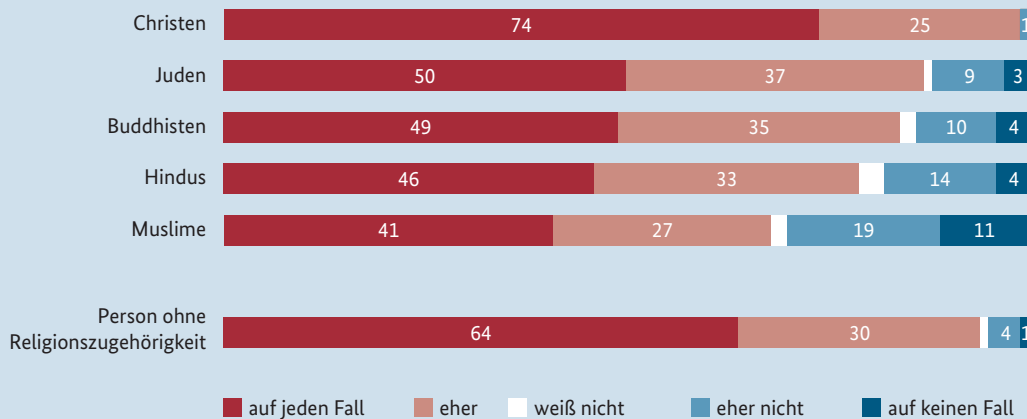
Im Rahmen der Umfrage wurde aber nicht nur die Meinung über Anhänger_innen verschiedener Religionsgemeinschaften, sondern auch gegenüber Menschen ohne Religionszugehörigkeit ermittelt (siehe Abb. 4). Hier zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten eher (57 Prozent) oder sehr positiv (31 Prozent) über konfessionell Ungebundene denkt. Rund jede_r Zehnte (9 Prozent) hat dagegen ein negatives Bild. Das gilt auch für die Teilgruppe derer, die selbst einer der beiden christlichen Kirchen oder einer anderen Religionsgemeinschaft angehören: Hier sagen 84 Prozent, dass sie eine eher oder sehr positive Einstellung gegenüber Menschen ohne Religionszugehörigkeit haben.



Neben der grundsätzlichen Einstellung gegenüber Angehörigen der verschiedenen Religionen und gegenüber Menschen ohne Religionszugehörigkeit wurde danach gefragt, inwieweit die Befragten es akzeptieren würden, wenn ein enges Familienmitglied eine_n Angehörige_n dieser Gruppen heiraten würde (siehe Abb. 5). Dabei mussten sich die Befragten gedanklich mit einer konkreten Situation auseinandersetzen, in der mögliche Unterschiede zwischen den einzelnen religiösen und nichtreligiösen Gruppen offen zutage treten können.

Abb. 5: Akzeptanz einer Heirat mit Angehörigen verschiedener Religionsgemeinschaften bzw. konfessionell Ungebundenen

Frage: Würden Sie es auf jeden Fall, eher, eher nicht oder auf keinen Fall akzeptieren, wenn ein enges Familienmitglied einen Angehörigen einer der folgenden Religionsgemeinschaften/eine Person ohne Religionszugehörigkeit heiraten würde?



Basis: alle Befragten / Angaben in Prozent

Es zeigt sich jedoch ein ähnliches Muster wie bei der ersten Frage zur generellen Haltung (vgl. Abb. 3 und 4). So würden fast alle Befragten (99 Prozent) die Heirat eines nahen Familienmitglieds mit einer/einem Christ_in eher oder auf jeden Fall akzeptieren. Mit einer Eheschließung mit einer Person jüdischen Glaubens hätten 87 Prozent kein Problem und 84 Prozent würden es akzeptieren, wenn sich ein enges Familienmitglied für eine_n Buddhist_in als Partner_in entscheiden würde. Gegen die Eheschließung mit einer/einem Angehörigen des Hinduismus hätten rund acht von zehn Befragten (79 Prozent) nichts einzuwenden. Am größten fällt die Skepsis wiederum gegenüber Muslim_innen aus. Zwar wären auch hier rund zwei Drittel der Befragten (68 Prozent) mit einer Heirat einverstanden, 19 Prozent würden dies aber eher nicht und 11 Prozent sogar keinesfalls akzeptieren.

Dagegen hätte fast niemand ein Problem damit, wenn ein Familienmitglied eine Ehe mit einer Person ohne Religionszugehörigkeit schließen würde: 94 Prozent der Bevölkerung – und damit auch die ganz überwiegende Mehrheit der konfessionell Gebundenen – würden dies akzeptieren.

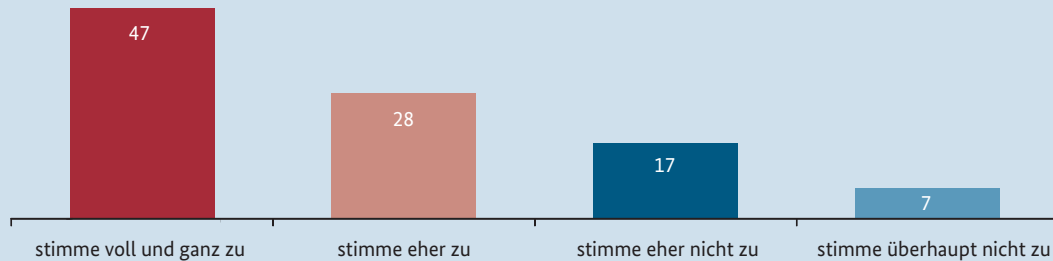
2.3 Meinungen zum Gleichbehandlungsgrundsatz

Die Gleichberechtigung der Religionen sollte nicht nur durch den Schutz vor Diskriminierung zum Ausdruck kommen, sondern auch durch die Wahrung gleicher Rechte in Bezug auf die Ausübung der Religion. Dies sieht auch eine Mehrheit der Menschen in Deutschland so (siehe Abb. 6): Drei Viertel stimmen der Aussage, dass alle religiösen Gruppen in der Bundesrepublik die gleichen Rechte haben sollten, voll und ganz (47 Prozent) oder eher (28 Prozent) zu.

Abb. 6: Gleiche Rechte für alle religiösen Gruppen

Frage: Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

„Alle religiösen Gruppen in Deutschland sollten die gleichen Rechte haben“



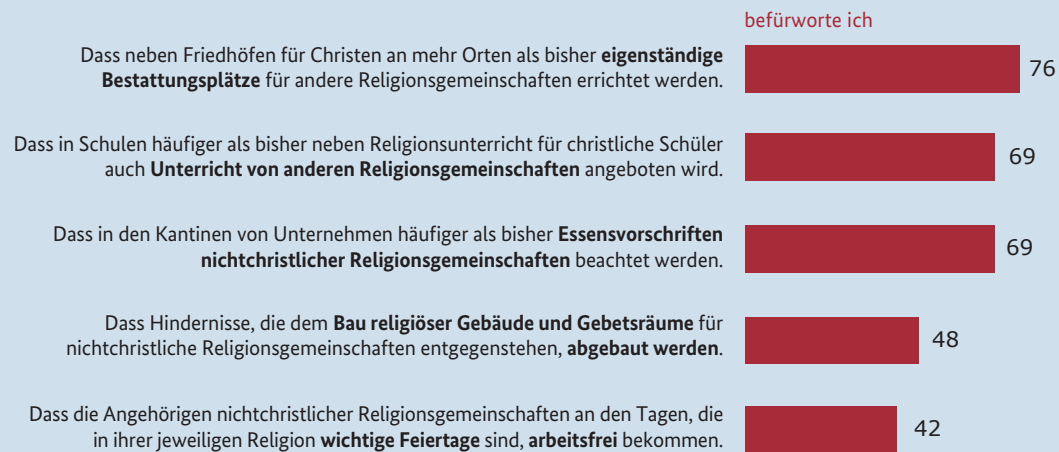
Basis: alle Befragten / Angaben in Prozent / fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht

Wenig überraschend findet diese Forderung nach gleichen Rechten für alle bei den Anhänger_innen kleinerer Religionsgemeinschaften besonders viel Zuspruch (89 Prozent Zustimmung). Dabei geht es für diese Gruppen zum Beispiel um die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts oder um die Ermöglichung von Religionsunterricht auch für Angehörige nichtchristlicher Religionsgemeinschaften an öffentlichen Schulen. Aufgrund des föderalen Systems in Deutschland kommt hier den Ländern eine wichtige Rolle zu, da die Anerkennung als Körperschaft und viele Fragen der Religionspraxis in den Kompetenzbereich der Länder fallen und somit nicht über ein einheitliches Bundesgesetz geregelt werden können (vgl. BMI 2016). Das führt dazu, dass sich die Situation regional stark unterscheidet. So haben beispielsweise Hessen und Hamburg als erste Länder auch eine islamische Organisation als Körperschaft öffentlichen Rechts anerkannt, während dies in anderen Regionen noch nicht der Fall ist (Spielhaus & Herzog 2015, S. 18).

Inwieweit der grundsätzliche Anspruch auf gleiche Rechte in Deutschland tatsächlich akzeptiert und umgesetzt wird, entscheidet sich also auch daran, wie konkrete Fragen der Religionsausübung geregelt werden. Deshalb wurde danach gefragt, welche Maßnahmen zur Stärkung der Rechte nichtchristlicher Religionsgemeinschaften befürwortet werden (siehe Abb. 7). Eine deutliche Mehrheit von 76 Prozent unterstützt demnach die Forderung, dass neben den Friedhöfen für Christ_innen an mehr Orten als bisher eigenständige Bestattungsplätze für andere Religionsgemeinschaften errichtet werden. Dabei geht es in der Praxis nicht nur um die Schaffung spezieller Friedhöfe und Grabfelder, sondern auch um die Ermöglichung der spezifischen Riten der jeweiligen Glaubensrichtung. Viele Muslim_innen wünschen zum Beispiel eine sarglose Bestattung, was in Deutschland nur in einem Teil der Länder erlaubt ist (ebd., S. 25).

Abb. 7 Maßnahmen zur Stärkung nichtchristlicher Religionsgemeinschaften

Frage: Ich nenne Ihnen nun einige Möglichkeiten, wie nichtchristliche Religionsgemeinschaften in Deutschland bei der Ausübung ihrer Religion gestärkt werden könnten. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie persönlich die Umsetzung dieser Maßnahme eher befürworten oder eher ablehnen.



Basis: alle Befragten / Angaben in Prozent / fehlende Angaben zu 100%: lehne ich ab, weiß nicht, keine Angabe

Gut zwei Drittel (69 Prozent) sprechen sich zudem dafür aus, häufiger als bisher Religionsunterricht an Schulen für Angehörige kleinerer Religionsgemeinschaften anzubieten. Auch hier gibt es in einigen Ländern erste Bestrebungen zur Umsetzung dieser Forderung. Als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen im Schuljahr 2012/2013 islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach nach Art. 7 Abs. 3 Grundgesetz eingeführt. Mittlerweile wird dort das Fach an 99 Grundschulen und 77 weiterführenden Schulen angeboten (DTJ-Online 2016). Auch in Niedersachsen und Hessen wurden bereits Kooperationsvereinbarungen mit Verbänden zur Einführung und Gestaltung islamischen Religionsunterrichts geschlossen (Spielhaus & Herzog 2015, S. 25 f.). Der Stadtstaat Hamburg wiederum hat das Modell eines „Religionsunterrichts für alle in evangelischer Verantwortung“ eingeführt, an dem Schüler_innen aller Konfessionen teilnehmen (Bauer 2014, S. 227).

Dass Essensvorschriften nichtchristlicher Religionsgemeinschaften in den Kantinen von Unternehmen häufiger als bisher berücksichtigt werden sollten, finden ebenfalls rund sieben von zehn der Befragten (69 Prozent). Dabei geht es häufig um vergleichsweise einfache Regelungen, wie zum Beispiel das Ausweisen der Speisezutaten, das es religiösen, aber auch nicht religiösen Mitarbeiter_innen ermöglicht, ihre spezifischen Ernährungsgewohnheiten zu beachten.

Andere Maßnahmen werden dagegen deutlich kritischer gesehen. So gehen die Meinungen darüber, ob in Deutschland der Bau religiöser Gebäude und Gebetsräume für nichtchristliche Religionsgemeinschaften erleichtert werden soll, auseinander: 48 Prozent sind dafür, etwa genauso viele sind dagegen (47 Prozent). Obwohl im Rah-

men der Erhebung nicht explizit nach dem Bau von Moscheen gefragt wurde, sind die Ergebnisse durchaus vergleichbar mit denjenigen aus anderen Umfragen, die ausdrücklich nach der Einstellung gegenüber der Errichtung islamischer Gotteshäuser fragen. So sprachen sich zum Beispiel in der Studie von Foroutan et al. (2014, S. 35) 42 Prozent der Befragten dafür aus, den Bau von öffentlich sichtbaren Moscheen in Deutschland einzuschränken.

Dass Angehörige religiöser Minderheiten an wichtigen Feiertagen ihrer Religion arbeitsfrei bekommen, unterstützen nur rund vier von zehn Personen (42 Prozent). Damit stößt eine Forderung auf vergleichsweise breite Ablehnung, die in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen zumindest für einzelne nichtchristliche Glaubensrichtungen bereits umgesetzt wurde. Dort wurde zum Beispiel das Aschurafest als wichtiger islamischer Feiertag unter staatlichen Schutz gestellt (Spielhaus & Herzog 2015, S. 23). Dabei sieht beispielsweise auch die Kommission „Zukunft der Arbeitswelt“ der Robert Bosch Stiftung weitere Möglichkeiten, der zunehmenden religiösen Vielfalt im Berufsleben gerecht zu werden und bestehende Ungleichbehandlungen nichtchristlicher Arbeitnehmer_innen im deutschen Feiertagsrecht abzubauen (Robert Bosch Stiftung 2013, S. 98 f.). So könne zum Beispiel über „Freistellungsansprüche an zwei gesetzlich ausdrücklich benannten höchsten Feiertagen der entsprechenden Religion“ (ebd., S. 99) nachgedacht werden.

Diese Beispiele konkreter Maßnahmen zeigen, dass sich zwar eine klare Mehrheit der Menschen in Deutschland grundsätzlich für Anerkennung und Gleichbehandlung aller religiösen Gruppen ausspricht (vgl. Abb. 6), bestimmten Maßnahmen zur faktischen Durchsetzung dieser Werte im Alltag jedoch kritisch gegenübersteht.

2.4 Haltung zum Tragen religiöser Symbole an öffentlichen Schulen

2015 beschäftigte sich das Bundesverfassungsgericht nach seinem Urteil aus dem Jahr 2003 erneut mit der Frage, ob es Lehrer_innen an öffentlichen Schulen erlaubt sein sollte, religiöse Symbole zu tragen.³ Obwohl die entsprechenden Regelungen in den Schulgesetzen der Bundesländer religiöse Bekundungen durch das äußere Erscheinungsbild im Unterricht generell regeln, geht es in der Praxis und der öffentlichen Diskussion fast ausnahmslos um das religiös motivierte Kopftuch muslimischer Frauen. So ist auch die aktuelle Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Folge von Verfassungsbeschwerden zweier muslimischer Pädagoginnen gegen Regelungen im nordrhein-westfälischen Schulgesetz. Mit seinem aktuellen Urteil hat das Gericht nun die individuelle Religionsfreiheit von Mitgliedern des Lehrpersonals gestärkt, in dem es ihnen grundsätzlich das Recht zuspricht, im Unterricht religiöse Kleidungsstücke und Symbole zu tragen (Follmar-Otto 2015, S. 2).

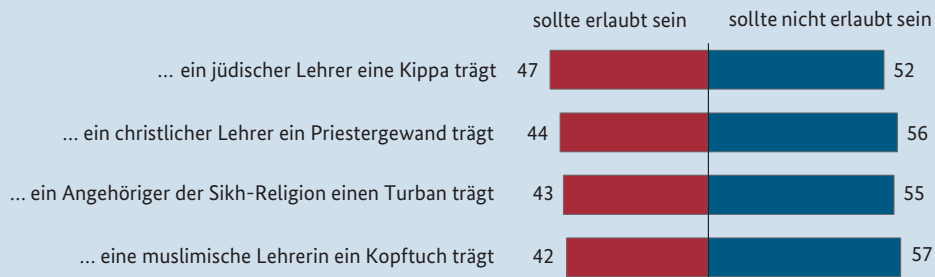
Die Menschen in Deutschland sind sich in dieser Frage jedoch uneins (siehe Abb. 8), und zwar weitgehend unabhängig davon, um welche Konfession beziehungsweise um welches religiöse Zeichen es sich handelt. Knapp die Hälfte der Befragten (47 Prozent) ist beispielsweise der Ansicht, dass es jüdischen Lehrern erlaubt sein sollte, im Unter-

³ Vgl. Bundesverfassungsgericht, 1 BvR 471/10 vom 27.01.2015

richt eine Kippa zu tragen, 52 Prozent sind dagegen. Ein ähnliches Meinungsbild zeigt sich gegenüber muslimischen Lehrerinnen mit Kopftuch (42 vs. 57 Prozent), aber auch gegenüber christlichen Lehrern, die ein Priestergewand tragen (44 vs. 56 Prozent).

Abb. 8: Tragen religiöser Symbole an öffentlichen Schulen

Frage: In Deutschland gibt es immer wieder Diskussionen darüber, ob es Lehrerinnen und Lehrern an öffentlichen Schulen erlaubt sein sollte, im Unterricht religiöse Symbole zu tragen. Was meinen Sie: Sollte es erlaubt sein, dass ...



Basis: alle Befragten / Angaben in Prozent / fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht

Interessant ist zudem, dass Eltern von Kindern dem Tragen religiöser Symbole im Unterricht durchgehend positiver gegenüberstehen als der Rest der Befragten. In dieser Gruppe sind zum Beispiel mehr als die Hälfte (52 Prozent) der Meinung, dass es Angehörigen der Sikh-Religion erlaubt sein sollte, im Unterricht einen Turban zu tragen, und 49 Prozent hätten nichts gegen eine muslimische Lehrerin mit Kopftuch einzuwenden. Diese größere Offenheit dürfte auf das vergleichsweise junge Alter dieser Teilgruppe zurückzuführen sein. Grundsätzlich fällt die Akzeptanz gegenüber sichtbarer religiöser Vielfalt an Schulen nämlich umso größer aus, je jünger die Befragten sind.⁴ Damit zeigen sich gerade diejenigen Gruppen besonders aufgeschlossen, die damit in ihrem Alltag am ehesten konfrontiert sind.

2.5 Einstellung zur sogenannten „Kirchenklausel“

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) regelt, in welchen Lebensbereichen und aufgrund welcher Merkmale Diskriminierung in Deutschland verboten ist. Es nennt aber auch Ausnahmen, also Situationen, in denen eine Ungleichbehandlung zulässig ist. Eine solche Regelung enthält § 9 AGG, die etwas verkürzt als sogenannte „Kirchenklausel“ bezeichnet wird. Danach dürfen Religionsgemeinschaften und religiös ausgerichtete Wohlfahrtsverbände unter bestimmten Voraussetzungen das

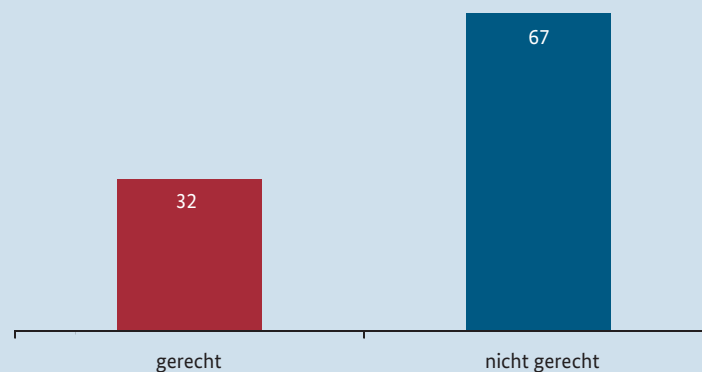
⁴ Dass Jugendliche und junge Erwachsene religiöser Vielfalt aufgeschlossener gegenüberstehen als ältere Menschen, zeigen auch andere Erhebungen. So gaben zum Beispiel in einer Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung rund 70 Prozent der Befragten im Alter zwischen 16 und 25 Jahren an, dass eine muslimische Lehrerin das Recht haben sollte, im Unterricht ein Kopftuch zu tragen. In der Vergleichsgruppe der über 25-Jährigen unterstützten dies lediglich 45 Prozent (Foroutan et al. 2015, S. 67). Diese Unterschiede werden unter anderem darauf zurückgeführt, dass jüngere Menschen bereits in religiös und demografisch pluraleren Strukturen aufgewachsen sind und somit Vielfalt eher als Selbstverständlichkeit wahrnehmen (ebd., S. 65).

Bekenntnis zu ihrer Religion für eine Beschäftigung zur Bedingung machen (§ 9 Abs. 1 AGG) und zudem „von ihren Beschäftigten ein loyales und aufrichtiges Verhalten im Sinne ihres jeweiligen Selbstverständnisses verlangen“ (§ 9 Abs. 2 AGG).

In der aktuellen Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wurde danach gefragt, ob es aus Sicht der Menschen in Deutschland gerechtfertigt ist, wenn beispielsweise katholische Kindergärten ausschließlich Katholik_innen als Erzieher_innen einstellen. Zwei Drittel der Befragten (67 Prozent) empfinden die bestehende rechtliche Situation als ungerecht, 32 Prozent halten diese Regelung für gerecht (siehe Abb. 9). Auch christliche Befragte, die von der bisherigen Regelung in Deutschland wohl am ehesten profitieren dürften, halten diese Ungleichbehandlung zu fast zwei Dritteln (64 Prozent) für nicht gerecht.

Abb. 9: Meinung zur sog. „Kirchenklausel“ (§ 9 AGG)

Frage: In Deutschland dürfen Religionsgemeinschaften unter bestimmten Voraussetzungen Personen, die einer anderen oder keiner Religionsgemeinschaft angehören, vom Bewerbungsverfahren für Arbeitsstellen ausschließen. Zum Beispiel ist es katholischen Kindergärten erlaubt, ausschließlich Katholiken als Erzieher einzustellen. Finden Sie diese Regelung gerecht oder nicht gerecht?



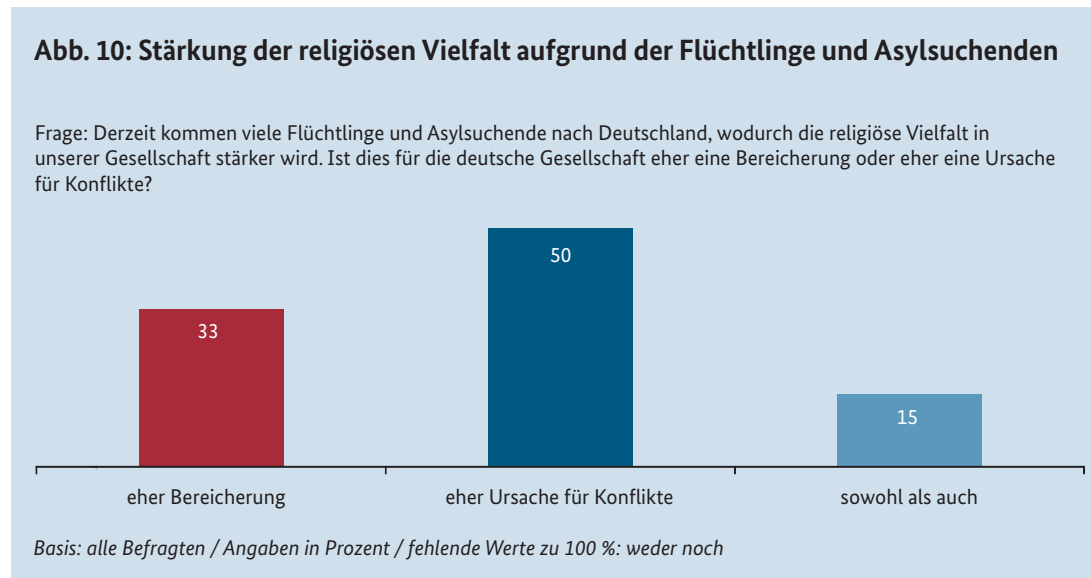
Basis: alle Befragten / Angaben in Prozent / fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht

2.6 Meinung zur stärkeren religiösen Vielfalt aufgrund der Geflüchteten und Asylsuchenden

Zum Zeitpunkt der Befragung im November letzten Jahres waren bereits zahlreiche Menschen als Geflüchtete oder Asylsuchende nach Deutschland gekommen. Viele davon stammen aus überwiegend muslimisch geprägten Herkunftsländern, insbesondere aus Syrien (Mediendienst Integration 2015). Es ist also damit zu rechnen, dass die religiöse Vielfalt in Deutschland durch den Zuzug von Schutzsuchenden größer werden wird.⁵ Darin sieht immerhin ein Drittel der Befragten (33 Prozent) eher eine Berei-

⁵ Dabei sollte der Zuzug von Geflüchteten aber im Zusammenhang mit der Zuwanderung nach Deutschland insgesamt betrachtet werden. So stammten auch 2014 noch rund zwei Drittel der Einwanderer_innen aus dem europäischen Ausland (insbesondere aus Rumänien, Polen und Italien) und somit aus Ländern, in denen überwiegend Christ_innen leben (Mediendienst Integration 2015).

cherung für die Gesellschaft (siehe Abb. 10). Für die Hälfte (50 Prozent) überwiegt aber die Besorgnis, dies könnte zu Konflikten führen, und etwa jede_r Siebte (15 Prozent) wertet dies sowohl als Bereicherung als auch als potenzielle Konfliktursache.



Dabei zeigt sich ein starker Zusammenhang mit dem formalen Bildungsniveau. Je höher der Schulabschluss der Befragten, desto differenzierter fällt das Meinungsbild aus. So sehen vier von zehn Personen mit Abitur oder Studium (38 Prozent) die Stärkung der religiösen Vielfalt durch den Zuzug von Geflüchteten als Bereicherung und rund ein Fünftel dieser Teilgruppe (19 Prozent) nimmt dies sowohl als Bereicherung als auch als mögliche Ursache für Konflikte wahr.

3. Fazit

Die Ergebnisse der Umfrage belegen, dass sich die Anhänger_innen der verschiedenen religiösen Gruppen und auch konfessionell nicht Gebundene in der Mehrzahl mit gegenseitigem Respekt und Anerkennung begegnen. Gerade im Verhältnis zu Muslim_innen zeigt sich bei einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung in Deutschland aber auch offene Ablehnung. Dies muss bedenklich stimmen, denn der Schutz vor Diskriminierung aufgrund von Religion und Weltanschauung gilt in Deutschland für Angehörige aller Religionen gleichermaßen. Benachteiligungen von Muslim_innen muss daher entschlossen entgegnet werden.

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen aber auch, dass eine deutliche Mehrheit der Menschen in Deutschland den hier lebenden Muslim_innen gegenüber positiv eingestellt ist. Wenn islamfeindliche Bewegungen auf ihren Kundgebungen für sich in Anspruch nehmen, für „das Volk“ zu sprechen, handelt es sich folglich um eine grobe Fehleinschätzung.

Durch den Zuzug von Geflüchteten ist mit einer weiteren Stärkung der religiösen Vielfalt in Deutschland in den kommenden Jahren zu rechnen. Die Umfrage macht deutlich, dass die Sorge, dass es dadurch zu gesellschaftlichen Konflikten kommt, weit verbreitet ist. Ihre Lösung liegt jedoch nicht in der pauschalen Diskriminierung bestimmter Gruppen oder Religionsgemeinschaften. Insbesondere muss davor gewarnt werden, die Gründe für Vorfälle wie in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten ausschließlich auf die Religion der Täter_innen zurückzuführen und bestimmte religiöse Gruppen unter Generalverdacht zu stellen.

Die Forderung nach gleichen Rechten für alle religiösen Gruppen trifft in Deutschland auf breite Zustimmung. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist es wichtig, dass der Staat alle Religionsgemeinschaften grundsätzlich gleich behandelt. Dazu zählt zum Beispiel, dass an Schulen häufiger als bisher neben Religionsunterricht für christliche Schüler_innen auch Unterricht von anderen Religionsgemeinschaften angeboten wird. Zudem wäre die Schaffung von mehr eigenständigen Bestattungspätzen für die verschiedenen religiösen Gruppen ein wichtiges Zeichen für die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Religionen.

Die Meinungen zum Tragen religiöser Symbole durch Lehrer_innen an öffentlichen Schulen gehen in der Bevölkerung in Deutschland auseinander. Zustimmung und Ablehnung halten sich in etwa die Waage, sind aber weitgehend unabhängig davon, ob es sich nun um das Kopftuch muslimischer Lehrerinnen, das Priestergewand eines christlichen Pädagogen oder den Turban eines Sikhs handelt. In der Praxis sind jedoch vor allem kopftuchtragende muslimische Frauen von entsprechenden Regelungen in den Schulgesetzen einzelner Bundesländer betroffen, die dadurch „von der qualifizierten beruflichen Tätigkeit als Pädagoginnen ferngehalten werden“ (BVerfG 2015). Hier muss das Urteil des Bundesverfassungsgerichts beachtet werden, wonach ein pauschales Kopftuchverbot für Lehrerinnen an öffentlichen Schulen mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist.

Literatur

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009): Muslimisches Leben in Deutschland. Studie im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Im Internet abrufbar unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb06-muslimisches-leben.pdf;jsessionid=9730E4946CFA34A7AC1924FE80866335.1_cid286?__blob=publicationFile (Zugriff: Februar 2016).

Bauer, Jochen (2014): Die Weiterentwicklung des Hamburger Religionsunterrichts in der Diskussion zwischen Verfassungsrecht und Schulpädagogik. – In: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, 59. Band, 3./4. Heft, S. 227–256.

Bertelsmann Stiftung (2015): Religionsmonitor – Sonderauswertung Islam 2015. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick. Im Internet abrufbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf (Zugriff: Februar 2016).

BMI – Bundesministerium des Innern (2016): Körperschaftsstatus – Bedeutung und Voraussetzungen für den Erwerb des Status der Körperschaft öffentlichen Rechts für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gem. Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 137 Abs. 5 WRV. Im Internet abrufbar unter: http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Staat-Religion/Religionsverfassungsrecht/koerperschaftsstatus/koerperschaftsstatus_node.html (Zugriff: Februar 2016).

BVerfG – Bundesverfassungsgericht (2015): Ein pauschales Kopftuchverbot für Lehrkräfte in öffentlichen Schulen ist mit der Verfassung nicht vereinbar. Pressemitteilung Nr. 14/2015 vom 13. März 2015. Im Internet abrufbar unter: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/bvg15-014.html> (Zugriff: Februar 2016).

DTJ-Online (2016): Islamischer Religionsunterricht in NRW scheint ein Erfolgsmodell zu sein. Im Internet abrufbar unter: <http://www.dtj-online.de/islamischer-religionsunterricht-in-nrw-scheint-ein-erfolgsmodell-zu-sein-71130> (Zugriff: Februar 2016).

Follmar-Otto, Petra (2015): Schule als Ort religiöser und weltanschaulicher Freiheit und Vielfalt. – In: aktuell 07/2015, Deutsches Institut für Menschenrechte. Im Internet abrufbar unter: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/aktuell/aktuell_7_2015_Schule_als_Ort_religioeser_und_weltanschaulicher_Freiheit_und_Vielfalt.pdf (Zugriff: Februar 2016).

Foroutan, Naika/Canan, Coşkun/Schwarze, Benjamin/Beigang, Steffen/Kalkum, Dorina (2015): Deutschland postmigrantisch II – Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität. Im Internet abrufbar unter: <https://juned.hu-berlin.de/deutschland-postmigrantisch-2-pdf> (Zugriff: Februar 2016).

Foroutan, Naika/Canan, Coşkun/Arnold, Sina/Schwarze, Benjamin/Beigang, Steffen/Kalkum, Dorina (2014): Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität – Erste Ergebnisse. Im Internet abrufbar unter: <https://junitied.hu-berlin.de/deutschland-postmigrantisch-1/> (Zugriff: Februar 2016).

Mediendienst Integration (2015): Steigt die Zahl der Muslime durch Einwanderung? Im Internet abrufbar unter: <http://mediendienst-integration.de/artikel/laesst-sich-eine-islamisierung-deutschlands-durch-zahlen-belegen.html> (Zugriff: Februar 2016).

Pollack, Detlef/Müller, Olaf (2013): Religionsmonitor – Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland. – In: Religionsmonitor 2013, Bertelsmann Stiftung. Im Internet abrufbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Religionsmonitor_verstehen_was_verbindet_Religioesitaet_und_Zusammenhalt_in_Deutschland.pdf (Zugriff: Februar 2016).

Robert Bosch Stiftung GmbH (2013): Die Zukunft der Arbeitswelt – Auf dem Weg ins Jahr 2030. Bericht der Kommission »Zukunft der Arbeitswelt« der Robert Bosch Stiftung. Im Internet abrufbar unter: http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Studie_Zukunft_der_Arbeitswelt_Einzelseiten.pdf (Zugriff: Februar 2016).

Spielhaus, Riem/Herzog, Martin (2015): Die rechtliche Anerkennung des Islams in Deutschland. Ein Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Internet abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11386.pdf> (Zugriff: Februar 2016).

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Internet abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf> (Zugriff: Februar 2016).

Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes; es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeberin:

Antidiskriminierungsstelle des Bundes
11018 Berlin
www.antidiskriminierungsstelle.de

Telefon: 03018 555-1855
E-Mail: poststelle@ads.bund.de

Gestaltung: www.avitamin.de

Stand: März 2016